

Südchinesisches Meer : Karten neu gemischt?

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 8

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-630274>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Südchinesisches Meer: Karten neu gemischt?

Die Philippinen ersuchten den Ständigen Schiedshof in Den Haag um einen Schiedsspruch zum Südchinesischen Meer. Im Juli 2016 befand ein 5er-Gericht einstimmig, China hätte keine rechtlichen Gründe, die Gewässer für sich zu beanspruchen. Eine Überraschung?

Henrique Schneider, Redaktor ASMZ

Eigentlich ist es keine Überraschung. Denn alle Beobachter erwarteten einen solchen Ausgang. Aber nicht ausgerechnet diesen. In vielen Nuancen ist es fast revolutionär. Zum Beispiel erwarteten nur wenige einen einstimmigen Schiedsspruch aller Richter. Ebenso blieben Elemente für eine allfällige chinesische Gesichtswahrung fern; denn der Schiedsspruch gab China in keiner der 15 adressierten Fragen Recht.

Die Richter waren unmissverständlich: Das Südchinesische Meer ist internationales Gewässer. Mehr noch, es war nie chinesisch – China hätte nicht einmal historisch einen belegbaren Anspruch darauf. Damit sagten sie auch, die Neun-Striche-Linie sei seerechtlich irrelevant. Mit dieser gestrichelten kartographischen Grenze markiert nämlich Peking seinen Besitzanspruch über fast 85 Prozent des 3,5 Millionen Quadratkilometer grossen Südchinesischen Meers.

Dann gab es noch andere Teile des Urteils. Zum Beispiel befanden die Richter, China würde die Gewässer illegal patrouillieren und die Landaufschüttungen des Landes der Mitte hätten dem lokalen Ökosystem geschadet. Im Übrigen kommt auch Taiwan mit einem blauen Auge davon. Das seit 1946 von Taipei beanspruchte und bevölkerte Taiping Dao sei zwar eine Insel, begründe aber keine Hoheitsansprüche – so die Richter.

Insel oder Riff?

Das ist nämlich die Hauptfrage gewesen. Sind die landähnlichen Entitäten im Südchinesischen Meer nun Inseln – und damit Hoheitsgebiete – oder Riffe – und

**«China hat nicht
einmal historischen
Anspruch auf das
Südchinesische Meer.»**

damit Teil der internationalen Gewässer? Gegenstand dieser Erwägung ist die Praxis verschiedener Länder, Land um Riffe zu gewinnen. Taiwans Taiping Dao ist bei-

tet Riffe, die nicht einmal über dem Wasserspiegel stehen, auf.

Spektakulär sind die Bauprojekte Chinas in den Spratly, wo aus Riffen Inseln mit Flugzeuglandepisten wurden. Aber auch Vietnam und Philippinen haben sich gelegentlich dieser Methode bedient, um ihre Ansprüche baulich zu begründen. Der ständige Schiedshof beurteilte zwar nicht die Praxis an sich. Doch er befand, dass aufgeschüttete Riffe noch keine Inseln sind. Und damit keine Hoheitsansprüche begründen. Er befand sogar, dass gemäss internationalem Seerecht auch Inseln, so es sie gäbe, im Südchinesischen Meer keine Hoheitsansprüche begründen.

Alles entschieden?

Wer aber meint, damit sei die – mindestens legale – Auseinandersetzung um das Südchinesische Meer entschieden, irrt sich. Zunächst: Der Ständige Schiedshof ist eine administrative Einrichtung ohne unmittelbare Entscheidungsbefugnis. Er ist kein internationales Gericht im eigentlichen Sinne. Er bietet den Streitparteien nur die Strukturen, um eine Streitigkeit durch ein Schiedsgericht beizulegen. Und so, wie die Parteien reagiert haben, ist es eher unwahrscheinlich, dass sich alle dieser Verfahrensstrukturen bedienen.

Viel wichtiger noch: Manch grundlegende Frage wurde nicht gestellt – und nicht beantwortet. Zwar verneinte der Schiedshof die historischen Ansprüche Chinas – und indirekt der anderen Länder auch – und entzog damit der Neun-Striche-Linie ihre rechtliche Relevanz. Aber die Richter sagten nicht, die Linie an sich sei illegal. Ebenso beurteilten die Richter die Konformität der Landaufschüttungen. Sie stellten nur fest, diese begründen keine Hoheitsansprüche. Und überhaupt: Der Schiedshof erwägte lediglich im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens.



Sitz des Ständigen Schiedshofs in Den Haag.

Bild: International Arbitration Court

spielsweise auch eine Frucht einer solchen Aufschüttung. Aber Itu Aba, wie es sonst genannt wird, hatte einen Insel-ähnlichen Ursprung. China geht weiter und schüt-

Alles, was ausserhalb davon ist, ist im Schiedsspruch nicht berücksichtigt.

Reaktionen?

Trotz all dieser formalen Relativierungen zog der Schiedsspruch wie eine Böe durch Ostasien. Auch Länder wie Südkorea, Singapur oder Indien, die am Meeresstreit gar nicht beteiligt sind, richteten

«Der Schiedsspruch giesst Öl ins Feuer einer nationalistischen und militarisierten Region.»

ihre Aufmerksamkeit auf die Reaktionen der Anrainer. China hat sich nicht nur vom Urteil distanziert, das Land der Mitte nannte es auch «null und nichtig». Die Armee ging noch weiter und dachte laut über die Einrichtung von Verteidigungslinien nach. So nebenbei: faktisch gibt es sie heute schon.

Das philippinische Volk jubelte zwar auf der Strasse. Doch die neue Regierung war viel vorsichtiger. Beobachter gehen davon aus, Manila hätte unter der vergangenen Regierung die Fragen an den Schiedshof deponiert, um den USA einen Gefallen zu tun. Der neue Präsident, Duterte, ist China-freundlich und eher an bilateralen Lösungen interessiert. Trotzdem will Duterte den Schiedsspruch zur Bekräftigung eigener Positionen verwenden. Manila jedenfalls mahnte zur Besinnung und Ruhe. So tat es auch Washington.

Was macht Vietnam?

Die grosse Frage betrifft das Verhalten Vietnams. Bisher gab sich Hanoi bedeckt. Anders als die anderen Länder in der Seestreitigkeit setzt Vietnam auf die Internationalisierung des Konflikts. Bilaterale Lösungen werden als suboptimal eingestuft, da Hanoi befürchtet, China würde die anderen Staaten gegeneinander ausspielen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Vietnam den Schiedsspruch gezielt testen wird.



Manila am Tag der Publikation des Schiedsspruchs (ABC-News). Bild: ABC News

Das kann mittels gezielter Navigation durch die Riffe oder durch «Fischereixpeditionen» geschehen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass auch militärische Mittel eingesetzt werden – doch ausschliessen kann man es nie. Lokale Beobachter meinen, Vietnam stelle das grösste Potenzial dar, problematisch zu agieren. Brunei und Malaysia – zwei weitere am Streit beteiligte Akteure – haben den Spruch guten Mutes entgegengenommen und nicht weiter

kommentiert. Taiwan hält ihn für unvollständig, «was aber wegen der Natur der gestellten Fragen zu erwarten war», liess Taipei verlauten.

Krieg oder Frieden?

Die Frage ist nun, wie in einer nationalistischen Region, die sich über die letzten Jahre zunehmend militarisiert hat, mit dem Schiedsspruch umgegangen wird. Die Regierungen – bis auf China – werden sich wohl zurückhalten. Und auch das Land der Mitte wird zwar mit dem Säbel rasseln, aber die Sache abkühlen lassen. Das Militär zeigt seit längerem Gelüste, doch wahrscheinlich werden sie die Lage dazu benutzen, ihre Stellung im Staats- und Partei-System zu stärken.

Problematischer sind die jeweiligen Bevölkerungen. Die chinesische Blogosphäre ruft nämlich schon zum Boykott philippinischer Güter auf. Radikale Elemente wollen sogar Gewalt anwenden. In Manila ging das Volk auf die Strasse und einige Fischer schifften schon in Richtung Spratly Inseln los. In Vietnam waren sofort Protestbanner zu sehen «China ist der Feind». Es stimmt nämlich keineswegs, dass diese Regierungen das jeweilige Staatsvolk jederzeit unter Kontrolle haben. Gerade deswegen sind nationalistische Rhetorik und Nadelstiche gegen die anderen Staaten zu erwarten.

Ein Beobachter aus Brunei brachte die Bedeutung des Schiedsspruches auf den Punkt: «Krieg wird es deswegen nicht geben. Aber der Friede ist auch erschwert.» ■

Territorialansprüche im Südchinesischen Meer.

